

# Gebühren sollen vors Parlament

Gestern wurde die Initiative «Gebührenfestsetzung durch das Parlament» eingereicht. Die Unterschriften sind rasch zusammengekommen.

Im Dezember 2006 hat sich das überparteiliche Initiativkomitee «Gebührentransparenz» um SVP-Kantonsrat Claudio Schmid gebildet. Dies, nachdem die Stadt für Wasser und Abwasser eine Gebührenerhöhung um rund 27 Prozent bekanntgegeben hatte. Das Komitee hält die Gebühren im kantonalen Vergleich für zu hoch und lancierte die Volksinitiative «Gebührenfestsetzung durch das Parlament». Ziel ist, dass künftig die Legislative anstelle der Exekutive die Gebühren für Wasser, Abwasser und Kehricht verabschieden soll. Das Initiativkomitee besteht neben Claudio Schmid aus SP-Kantonsrat André Bürgi, SVP-Kantonsrat Othmar Kern, SP-Gemeinderat Peter Fehr sowie den Alt-Gemeinderäten Marcel Lehmann (SVP), René Berset (CVP) und Wolfgang Bulla (FDP) sowie Beat Albrecht.

## Antrag in spätestens 18 Monaten

In nur zwei Monaten seit der Ausschreibung haben die Initianten die 300 erforderlichen Stimmen zusammengetragen. Gestern reichten sie die Volksinitiative ein, wie Roger Suter, Management-Dienste, bestätigte. Der Stadtrat werde nun prüfen, ob die Initiative genügend gültige Unterschriften aufweise beziehungsweise rechtmässig sei. Dann würden innerhalb von eineinhalb Jahren Bericht und Antrag an den Gemeinderat gestellt.

Die angekündigten Gebührenerhöhungen für das Abwasser stossen auch beim Bülacher Gewerbe auf Unverständnis: Sechs Gewerbetreibende haben deshalb innerhalb der gesetzlichen Frist dagegen rekurriert («ZU»/«NBT» berichteten). Bezirksratspräsident Bruno Baur rechnet diesbezüglich mit einer Entscheidung bis Mitte April. (ZII/NRT)